



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24634 - 33

Fernschreiber 0286890

P/XII/276 - 3. Dezember 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

Spanien und die NATO	S. 1
40 Jahre freies Finnland	S. 3
Um die Ziele der Arbeiterbildung	S. 5
Bundeswehr im kritischen Fernsehen	S. 6a
SED-Maulkorb für Kinder	S. 7

Neuer Zündstoff in der NATO ?

sp - Unter den zahlreichen noch ungeklärten Problemen, die auf der kommenden Pariser NATO-Tagung erörtert werden sollen, befindet sich auch - wenn nicht alles täuscht - das der Aufnahme Franco-Spaniens in den Atlantik-Pakt. Schon im vergangenen Jahr hatte man vor der Zusammenkunft des Ministerrates der NATO eine grosse Offensive zur Aufnahme Spaniens eingeleitet. Das Repräsentantenhaus und der Senat der USA hatten seinerzeit ihre Regierung aufgefordert, alle hierzu notwendigen Schritte einzuleiten. Da in den Atlantik-Pakt neue Mitglieder nur mit einstimmiger Zustimmung aller jetzigen Mitglieder aufgenommen werden können, und Proteste aus Norwegen, Dänemark und England vorlagen, liess man damals von dem Projekt ab. Man wollte nicht noch mehr Meinungsverschiedenheiten in die NATO hineintragen, als ohnehin schon vorhanden waren. Dafür fanden sich jedoch die Amerikaner bereit, durch bilaterale Vereinbarungen zwischen Spanien und den USA gewisse wirtschaftliche und militärische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit beider Länder zu schaffen.

In der Zwischenzeit ist die Situation Spaniens nicht besser geworden. Wirtschaftlich geht es den Spaniern immer schlechter, Krisen und Streiks lassen die innere Zerrüttung des Franco-Regimes immer deutlicher werden. Sogar in der für dieses arme Land verhältnismässig starken Armee kommt es hin und wieder zu Rebellionen. Besonders im Offizierkorps, das in den vergangenen Jahren seine gesellschaftliche Stellung wesentlich ausbauen konnte, ist man seit der Neuregelung in Marokko unzufrieden und fordert von der Regierung neue Betätigungsmöglichkeiten. Diese erblickt man im Beitritt zum Atlantikpakt, wo sich neue Aufgaben für die spanische Armee ergeben würden und das Offizierkorps zu neuem Glanz emporsteigen könnte.

Die Amerikaner würden es natürlich nicht ungern sehen, Spanien mit seiner Flankenstellung und Brückenposition zwischen Europa und Nordafrika im Atlantikpakt zu haben. Diesem Wunsch steht aber die

Präambel des NATO-Vertrages entgegen, in der es heisst, dass die Staaten, die dem Pakt angehören

"entschlossen sind, die Freiheit ihrer Völker, ihr gemeinsames Erbe und ihre auf den Prinzipien der Demokratie begründete Kultur, die Freiheit des Einzelnen und die Herrschaft des Rechts zu wahren."

Der Aufnahme Spaniens steht weiter Artikel II des NATO-Vertrages entgegen, der besagt, dass die den Vertrag schliessenden Partner

"für die Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen wollen, indem sie ihre freiheitlichen Institutionen verstärken und ein besseres Verständnis der Prinzipien, auf denen sich diese Institutionen gründen, zu sichern."

Alle diese guten im NATO-Vertrag festgelegten Vorsätze treffen auf Spanien nicht zu. Franco-Spanien ist ein totalitärer Staat, das Volk hat keine Freiheit und die Staatsführung regiert nicht nach den Prinzipien der Demokratie.

Die Aufnahme Franco-Spaniens in die NATO würde aber auch keinen Zuwachs an militärischen Potential dieser Verteidigungsgemeinschaft bedeuten. Die Armee ist zwar zahlenmässig nicht klein; ihre Bedeutung besteht aber hauptsächlich in der ihr seit Jahren zugedachten Rolle, das Franco-Regime innenpolitisch zu stützen.

Auf einem anderen Blatt steht die Frage der Errichtung von militärischen Stützpunkten in Spanien (Flugplätze, Raketenabschussbasen, Material- und Proviantlager). In dieser Beziehung ist in den letzten Monaten von den Amerikanern schon einiges getan worden. Das genügt Franco aber nicht. Er will durch seine Aufnahme in die Gemeinschaft der Atlantikpakt-Partner sein Prestige erhöhen, um vor der Bevölkerung sagen zu können, Spanien stehe gleichberechtigt in der Reihe der grossen westlichen Demokratien. Er hofft, durch den Beitritt Spaniens in die NATO die latente Revoltenstimmung in der Armee und in der Bevölkerung neutralisieren zu können und auch wirtschaftlich aus der dann geschaffenen Situation Nutzen zu ziehen.

Die Amerikaner haben den Plan, Franco-Spanien in den Atlantikpakt einzugliedern, noch nicht aufgegeben. Wie es heisst, wollen sie den Einstimmigkeitsspassus für die Aufnahme eines neuen Mitgliedes zu Fall bringen. Von der Regierung der Bundesrepublik brauchen sie kaum einen Protest zu befürchten. Die konservative Regierung Englands würde sich wahrscheinlich der Stimme enthalten, und ein klares Nein ist eigentlich nur von Dänemark und Norwegen zu erwarten. In Paris verhält man sich zu diesen Plänen sehr zurückhaltend. Es ist anzunehmen, dass die französische Regierung gegen den Versuch, Spanien in die NATO aufzunehmen, nicht sehr aktiv auftreten wird. So könnten sich an der Spanienfrage neue Meinungsverschiedenheiten unter den NATO-Partnern entzünden.

40 Jahre freies Finnland

B.G. Helsinki

Am 6. Dezember dieses Jahres begeht Finnland seinen 40. Geburtstag als freier, selbständiger Staat. Die Segelmacher und Fahnenfabriken arbeiteten auf Hochtouren, um an die 60 000 qm Fahnentuch rechtzeitig an die Masten zu bringen, und auch die Sonderbriefmarken erschienen pünktlich zu diesem Tag.

Im Dezember ist es sehr dunkel in Finnland. Der Tag verdämmt, ehe er recht begonnen hat. In die jahreszeitliche und politische Dunkelheit des Kriegswinters 1917/18 fiel die Geburtsstunde der Republik. Die Zwitterstellung, die das finnische Volk seit dem 13. Jahrhundert unter schwedischer und russischer Vorherrschaft eingenommen hatte, war zu Ende. Zwischen Osten und Westen errichteten sich die Finnen ihr eigenes Haus, dessen Türen und Fenster heute nach beiden Seiten geöffnet sind.

Vom Schwarzen Meer entlang der sowjetischen Grenze bis hinauf an die Ostsee ist Finnland das einzige Land, das nach Ende des 2. Weltkrieges ausserhalb des 'Eisernen Vorhanges' geblieben ist. Es ist noch heute vielen ein Rätsel, weshalb Finnland das Schicksal der Baltischen Staaten nicht teilen musste und keine 'Volksdemokratie' geworden ist. Welches sind die sowjetrussischen Absichten Finnland gegenüber? Diese Frage kann auch von Finnland nicht beantwortet werden, weil sie zu sehr mit der weltpolitischen Entwicklung zusammenhängt. Hier kann man nie sagen, was kommen wird - man kann nur sagen, was ist. Finnland hatte auch nach dem zweiten verlorenen Krieg gegen die Sowjetunion eine Chance, und es hat diese Chance ausgenutzt.

Schwere Kriegsverluste

Diese beiden Kriege, der hunderttägige Winterkrieg 1939/40 und der Nachfolgekrieg 1941/44, haben dem Land schwere Belastungen auferlegt. Die Waffenstillstandsbedingungen forderten die Abtretung Kareliens, Petsamos und einiger Gebiete von Salla und Kuusamo im nordöstlichen Finnland an die Sowjets. Das gesamte verlorene Gebiet machte mit annähernd 44 000 qkm fast 12% der Vorkriegsfläche des Landes aus. Ausserdem wurde das 380 qkm große Gebiet von Porkkala westlich von Helsinki als Flottenstützpunkt auf 50 Jahre an die Sowjets verpachtet. Die Kriegsentschädigungen, die dem Lande auferlegt wurden, beliefen sich auf einen Wert von 300 Millionen Dollar. Innerhalb von 6 Jahren musste diese Kriegsschuld abgetragen werden.

Die traurige Bilanz zweier verlorenen Kriege wies 85 000 Gefallene und 480 000 Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten aus. Da es sich dabei zur Hälfte um bäuerliche Bevölkerung handelte, stand das Land vor der Aufgabe, diese Menschen wieder als selbständige Bauern anzusiedeln. Das vom Reichstag 1945 gebilligte Bodenteschaffungsgesetz gab die Möglichkeit, neue Bauernstellen zu errichten. Die 40 000 bäuerlichen Flüchtlingsfamilien wurden in wenigen Jahren auf 40 000 grösstenteils kleinbäuerlichen Betrieben von 2 bis 10 ha untergebracht. Die Lösung des Flüchtlingsproblems hat den finnischen Staat 60 Milliarden Finnmark gekostet.

Genau so dringend wie die inneren Verpflichtungen des Landes, waren die äusseren. Von der Erfüllung der Waffenstillstandsverpflichtungen hing das Geschick des Landes ab. Wie die Finnen mit ihrer durch zwei Kriege ausgepowerten Wirtschaft das Soll der Reparationslieferungen erreichten, erscheint vielen als ein Wunder. Aber auf diesem Gebiet gibt es keine Wunder. Der Umfang der monatlichen Lieferungen war genau festgesetzt. Jede Verzögerung musste mit einer Strafe bezahlt werden, die sich auf 5% des Gesamtwertes belief.

Vom Agrar- zum Industriestaat

Finnland, das noch vor dem Krieg ein Agrarland war, in dem 52% der Bevölkerung ihr Auskommen in der Landwirtschaft fand, und dessen Export bisher zu 60% von den Erzeugnissen seiner Holz- und Papierindustrie bestritten wurde, sah sich durch die Reparationsverpflichtungen plötzlich dazu gezwungen, gewissermassen aus dem Nichts eine Schwerindustrie aufzubauen. Es fehlte an allen, an Fabriken, Werften, Maschinen, Rohstoffen und an geschulten Arbeitskräften. Dabei kam den Finnen ihre Fähigkeit, zu improvisieren, zu Hilfe.

Finnland hat sowohl Reparationen als auch Wiederaufbau und Ansiedlung seiner Flüchtlinge im wesentlichen ohne fremde Hilfe und ohne Marshallplangelder durchgeführt. Die Sowjets waren ihnen insofern entgegengekommen, als sie den Liefertermin für die Reparationen von 6 auf 8 Jahre verlängerten und 1948 den Rest der Lieferungen auf die Hälfte herabsetzten. Das Porkkalagebiet gaben sie 1955 an Finnland zurück. Am 18. September 1952 rallten pünktlich, 'wie das Gesetz es befahl', die letzten Reparationsgüter in Richtung Leningrad über die Grenze.

Zurückgeblieben waren zahlreiche neuerrichtete Industrieanlagen, Metall- und Maschinenfabriken und Schiffswerften. Die Zahl der Industriearbeiter hatte sich in diesen Jahren mehr als verdoppelt. Die finnische Wirtschaft, die bis zum Krieg auf zwei Holzbeinen ging, hatte plötzlich ein Holz- und ein Metallbein. Finnland fand sich im Besitz einer leistungsfähigen Metallindustrie. Mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge stand es vor den Fabriken. Die Schornsteine konnten nur rauchen wenn es gelang, anstelle der abgeleisteten Reparationen neue Aufträge zu erhalten. Aus diesem Dilemma halfen langfristige Handelsabkommen mit der Sowjetunion, die sich bereit erklärte, die bisher als Reparationsgut gelieferten Erzeugnisse der finnischen Metallindustrie im gleichen Umfang abzunehmen und sie z.T. mit westlichen Devisen zu bezahlen. Tausenden von Arbeitern ist dadurch ihr Verdienst erhalten geblieben. Die Sowjetunion steht heute neben Grossbritannien im finnischen Aussenhandel an der Spitze.

Auf Getreideeinfuhr angewiesen

Während die finnische Landwirtschaft vor dem Krieg in der Lage war, zu 90% den eigenen Getreidebedarf zu decken, müssen heute 40% und mehr eingeführt werden. Die Importe kommen fast ausschliesslich aus der Sowjet-Union. Sie geben Moskau die Möglichkeit, die Lieferungen der finnischen Metallindustrie auszugleichen. Trotzdem ergibt

die Handelsbilanz meistens einen Aktivposten zugunsten Finnlands. Bisher wurde er dadurch ausgeglichen, dass die Sowjets entsprechende Beträge aus dem finnischen Exportüberschuss auf einige Satellitenländer wie Polen, Tschechoslowakei und Ostdeutschland verteilten, die ihrerseits wiederum für diese Rubel Waren nach Finnland lieferten. Seit die Ostblockländer jedoch für ihre Lieferungen westliche Devisen verlangen, sind diese Dreiecksgeschäfte ins Stocken geraten.

Der Handel mit Westeuropa ist für Finnland ebenso wichtig wie der mit dem Osten. Aus dem Westen, der der Hauptabnehmer seiner Holz- ausfuhr ist, bezieht es die Waren, die es von der Sowjet-Union nicht erhalten kann, wie z.B. Maschinen, Medikamente, Chemikalien usw.

An einem Wendepunkt

Wirtschaftspolitisch steht das Land an einem Wendepunkt. Der 40. Geburtstag der Republik steht im Schatten von Streikdrohungen, Regierungskrisen, Arbeitslosigkeit, parteipolitischen Auseinandersetzungen und Etatsorgen.

Bisher ist die Regierungspolitik in der Hauptsache von den Sozialdemokraten und den Agrariern, den beiden zahlenmässig stärksten Gruppen, bestimmt worden. Durch die Spaltung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in einen mehr konservativen und in einen radikaleren Flügel weiss man nicht, ob zur Wahl im Sommer nächsten Jahres zwei sozialdemokratische Parteigruppen auftreten werden. Die Kommunisten, die von der Volkdemokratischen Partei vertreten werden, haben ihre hohe Stimmzahl von der ersten Nachkriegswahl nicht mehr erreicht, obwohl dieser Partei, wie jeder anderen, uneingeschränkte Propagandamöglichkeiten offenstehen.

Die Zukunft? Man zerbricht sich nicht den Kopf darüber. In Finnland haben sich die Dinge immer anders entwickelt und alle Voraussagen lügen gestraft. Es scheint, dass in diesem Land und bei diesem Volk das Unwägbare noch einen grösseren Spielraum hat als anderswo.

Die Tage sind grau im Dezember, und das Licht geht kaum aus. Man muss den finnischen Sommer erfahren haben, um im Winter an ihn glauben zu können. Am 6. Dezember gibt es keine Paraden und Aufmärsche, es gibt nur ein Meer von weiss-blauen Fahnen als Ausdruck der Freude und Dankbarkeit über die persönliche und staatliche Freiheit und als Versprechen, sie zu bewahren.

+ + +

Volks- oder Arbeiterbildung?

B.K. Bildungsgüter stehen heute nicht hoch im Kurs. Das Geld und seine Kaufkraft beherrschen das Denken nicht nur der berufsmässigen Profitjäger, sondern auch vieler Menschen, die als Arbeiter oder Angestellte auf der abhängigen Seite des Produktionsprozesses stehen. Das ist eine Tatsache, an der sich alles Bildungsbestreben der Gegenwart ausrichten muss. Wie unter den erschwerten Bedingungen eines geist- und bildungsfeindlichen Materialismus, der ziemlich gleichmässig durch alle Schichten des Volkes geht, noch politische Bildungsarbeit zu leisten sei, bildete den Gegenstand einer mehrtägigen Aussprache in der Heimvolkshochschule Lembrecht, an der sich auch der stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende, Bernhard Locke, beteiligte.

In Niedersachsen war man schon früh neue Wege in der Arbeiterbildung gegangen und hatte - in Anlehnung an das englische Vorbild der "Workers' Educational Associations" - das Bildungswerk "Arbeit und Leben" als eine Gemeinschaftsgründung ins Leben gerufen. Die Zusammen-

fassung auf Bundesebene glückte, nach einem anfänglichen Fehlstart, am 22. Februar 1956 in Frankfurt/M. Bereits auf der ersten Mitglieder- versammlung in Giessen einigte man sich auf die Formel, dass Ausgangs- punkt der Bildungsarbeit von "Arbeit und Leben" die "gesellschaftliche Situation der Arbeitnehmer und ihre Bildungsinteressen" seien.

In Lambrecht war diese stark soziologisch bestimmte These wieder heftig umstritten. Seine bereits in Giessen bezogene Position verteidig- te der Gewerkschaftsideologe Adolf Heidorn (Hannover) gegen die Anwürfe seiner Kritiker. "Es gibt keine Demokratie ohne Erziehung und Bildung", formulierte er. Freiheit sei die Fähigkeit des Menschen zu vernünftiger Selbstbestimmung. Unter der Diktatur des Sowjetkommunismus hat die Par- tei immer recht". Es gibt keine Grundsatzgespräche drüben. Der Arbeiter ist im Zeichen des Marxismus-Leninismus, der allmächtigen Vernunft und der Wissenschaft politisch entmündigt". Ziel jeder politischen Bildungs- arbeit in der Bundesrepublik müsse daher sein, den Unterschied zwischen Demokratie und Bolschewismus klar herauszuarbeiten.

Auch im Westen, folgerte Adolf Heidorn, hat sich unter dem Ein- druck des steigenden Lebensstandards eine "fundamentale Besinnungs- schwäche" herausgebildet, die im politischen Raum zur Stimmenthaltung und Interessenlosigkeit an den demokratischen Einrichtungen führt. Die Anschauung, dass die Gesellschaft ein schwer durchschaubarer Automatis- mus sei, dem man mit etischen Appellen nicht mehr beikomme, sei weit verbreitet. Das daraus entstehende Gefühl der Ohnmacht erzeuge jenen "Trend der Anpassung", dem auch ein Teil der Arbeiterfunktionäre be- reits erlegen sei.

In der ausgedehnten Diskussion wurde vor allem die These Heidorns angezweifelt, dass das Solidaritäts- und Sendungsbewusstsein noch ein schichtenspezifischer Wesenszug der heutigen Arbeiterschaft sei. Ge- rade die Ereignisse des 17. Juni oder des ungarischen Volksaufstandes hätten gezeigt, dass die Solidarität der Arbeiter nicht so sehr einer gemeinsamen Klassenlage entspringt, sondern spontan beschworen werden musste. Nicht die "amorphe Massengesellschaft", wie von Heidorn be- hauptet, sei das Bild der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern die "egalitäre Einheitsgesellschaft". Der westdeutsche Arbeiter sei in den Kapitalismus hineingeboren und könne ihn lediglich abändern, aber nicht aufheben. Das fruchtbare Grundmotiv der westlichen Demokratie sei die Spannungspolarität zwischen Arbeit und Kapital. Ihr müssten auch die Formen der politischen Arbeiterbildung entsprechen.

Während aus solchen Gedankengängen unschwer die Forderung nach einer zwar objektiven, aber keineswegs wertneutralen politischen Er- ziehung abzulesen ist, wandten die Wortführer einer freien Volkstil- dung ein, dass Bildung keine Machtfrage zwischen sozialen Gruppen ist. Es komme immer auf die Stellung des einzelnen im sozialen Verband an. Die Forderung nach einer besonderen Arbeiterbildung sei im Grunde ver- fehrt und müsse in die Frage nach einer allgemeinen Verbesserung der Volksbildung einmünden. Einig waren sich alle Gesprächspartner, dass Bildung, auch politische Bildung, keine Technik der Anpassung sei, sondern um ihrer selbst willen betrieben werden müsse, auch wenn das Ziel letztlich die politische Verantwortung ist.

* * *

Zweifel an der Bundeswehr

sp - Es war eine gute Idee, dem britischen Volk über Fernsehen deutlich zu machen, welcher grosser Unterschied zwischen der im Aufbau befindlichen Bundeswehr und der früheren Reichswehr besteht. Unseres Wissens ist dies das erste Mal geschehen. Der Leiter dieser Sendung, der Labourabgeordnete Wyatt, hatte mit vielen Männern, Frauen und auch mit Verteidigungsminister Strauss gesprochen und ihre innerste Einstellung zu erkunden versucht. Er war angenehm berührt von der Übereinstimmung in solchen alle unsere Nachbarn bewegende Fragen wie: soll die Bundeswehr der zivilen Kontrolle unterliegen, gibt es den "Bürger in Uniform", sollen die westdeutschen Streitkräfte Atomwaffen erhalten?

Die zwei ersten Fragen wurden von den Befragten ohne Zögern bejaht, sowie die letzte eindeutig verneint. Wyatt zeigte sich über die allgemeine Zustimmung und das tatsächliche Ausmass der zivilen Kontrolle überrascht, aber in dieses Erstaunen schlich sich auch schon der nagende Zweifel ein. Er sagte vor Millionen britischer Fernsehhörer, er glaube nicht, dass es immer so bleiben werde, wie er auch überzeugt sei, dass die Bundeswehr eines Tages Atomwaffen haben werde ...

Sicherlich steht dieser britische Abgeordnete mit seinen Zweifeln nicht allein. Er drückte nur aus, was Millionen seiner Mitbürger empfinden, was sie schwanken lässt zwischen der Bejahung der Bundeswehr als einen Schild zur Abwehr eingebildeter oder wirklicher Gefahren, der auch sie ausgesetzt sind, und der Bedrohung, die sie im Wiedererstehen einer deutschen Streitkraft, auch wenn es mit der ausdrücklichen Billigung ihrer Regierung geschah, für sich selbst in der Zukunft erblickt. Beide nicht zu vereinbarende Empfindungen beherrschen das Denken unserer westlichen Nachbarvölker. Den politischen Niederschlag findet diese Zwiespältigkeit in der Forderung, die Bundeswehr recht bald und wirksam auszurüsten, um sich der eigenen Verpflichtungen auf dem Kontinent zu entledigen und in dem Verlangen, sie wiederum so klein zu halten, dass sie in Europa keinen Schaden anrichten kann. Die Erinnerungen an die Vergangenheit bestimmen hier mit das Bild der Zukunft - einer Zukunft freilich, die sich im Atomzeitalter und im Zeitalter zweier die Welt beherrschenden Machtblöcke nicht bestimmen lässt, weil ihr alle Vergleichsmaßstäbe fehlen.

Dieses Schaubild: "Deutsche Bundeswehr im britischen Fernsehen" - es nahm eine Viertelstunde in Anspruch - spricht mehr als Bände; es zeigt, welche grosse Arbeit noch getan werden muss, um das schlummernde Misstrauen auch jener Nachbarn, die mit der Bundesrepublik verbündet sind, ganz zu beseitigen. Es bedarf nur geringer Anlätze, um es zu neuer Glut zu entfachen. Weiss das auch immer unsere bundesrepublikanische Diplomatie?

Zum Hassen befehlen

K.J. Der Maulkorb, den die SED der mitteldeutschen Intelligenz anlegt, sitzt immer noch schlecht und hindert nicht am Reden. Diese Erfahrung musste Pankow kürzlich wieder in Stralsund machen. Eine Lehrerin der dortigen Hansa-Oberschule hat frank und frei erklärt, westliche Rundfunkstationen einfach darum abhören zu müssen, weil sie sich sonst kein Bild von der weltpolitischen Lage machen könne. Ein Lehrer zweifelte sogar an der Richtigkeit des "sozialistischen Aufbaus". Nun, das sind schwere Sünden am Geist der Einheitspartei. Die SED ordnete eine Untersuchung an und musste dabei zu ihrem Schrecken feststellen, dass die "feindlichen Einflüsse" sehr tief in diese Schule eingedrungen sind: Sogar die Kinder der SED-Funktionäre waren davon infiziert und schmiedeten Fluchtpläne.

Soweit hier nicht der Staatssicherheitsdienst bemüht wird, Remedur zu schaffen, verweist die SED auf die Notwendigkeit, allergrösstes Gewicht künftig auf die Lektionen in "Staatsbürgerkunde" zu legen. Wie der auszusuchen hat, weiss man aus dem Vorwort zu den Lehrplänen im Schuljahr 1957/58. Dort heisst es u.a.: "... Sie lernen immer klarer politisch denken und Partei ergreifen für die Arbeiterklassen und die Interessen der Werktätigen. Alle gesellschaftlichen Fragen lernen sie vom Klassenstandpunkt aus --- einschätzen. Nutzt es oder schadet es meinem sozialistischen Vaterland, das wird eine der Grundfrage ihres Denkens". Aufgefordert wird zur "Erziehung sozialistischer Gefühle", die laut Plan "bürgerliches und kleinstürgerliches Empfinden und Reagieren zu bekämpfen" haben. Gefordert werden: "Gefühle der sozialistischen Ehre, Gefühle der Vaterlandsliebe und des Hasses gegen die imperialistischen und militaristischen Vaterlandsfeinde, Gefühle, die Rückständigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber feindlicher Zersetzungsarbeit zu bekämpfen".

Den Schülern der Stralsunder Hansa-Oberschule dürfte nun nichts weiter übrigbleiben, als in ihren Lehrkräften, die am Radio den falschen Sender einschalten und mit der Art des "sozialistischen Aufbaus" nicht ganz einverstanden sind, Erzhalunken und Volksfeinde zu sehen. Aller Erfahrung nach aber werden sie sich eigene, ganz andere Gedanken machen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel